

Gremium	Termin	Status
Ortsbeirat Nördliche Innenstadt	17.11.2015	öffentlich

Anfrage

Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Entwicklungen durch das neue Gebührenmodell

Vorlage Nr.: 20151967

1. Wie haben die Hausbesitzer/Haushalte in der Nördlichen Innenstadt auf die 2012 eingeführte neue Abfallgebührenstruktur reagiert? Wie viele kleinere Tonnen wurden bestellt und wie viele Haushalte änderten, dort wo dies möglich ist, den Abholrhythmus? Wir bitten dabei auch um die Angabe der Zahlen für das gesamte Stadtgebiet zum Vergleich.
2. In welcher Größenordnung wurden die Müllgebühren für die Bewohner/innen des Stadtbezirks teurer, auch wieder im Vergleich zur Gesamtstadt?
3. Wurden in Straßen/Quartieren mit einem hohen Anteil an Geschosswohnungen von den Eigentümern Maßnahmen ergriffen, um den Preisanstieg niedrig zu halten und wenn ja welche und in welchem Umfang? Dabei interessieren insbesondere auch die entsprechenden Wohnungen bei denen die Stadt (Mit-)Eigentümerin ist.
4. Wenn die Verteuerung der Gebühren für die Bewohner/innen des Stadtbezirks im Vergleich höher war als die für die Gesamtstadt, worin sieht die Stadtverwaltung/WBL die Gründe dafür?
5. Die WBL wollte prüfen, welche Straßen in Stadtteilen mit dem Zwang zum Vollservice von diesem Zwang befreit werden könnten. Was ergab diese Prüfung für die Stadtteile der Nördlichen Innenstadt? Wenn diese Prüfung noch nicht erfolgte hätten wir gerne Auskunft darüber warum nicht und darüber, wann dem Ortsbeirat die entsprechenden Ergebnisse präsentiert werden.
6. Gibt es Beobachtungen und Zahlen dafür, dass in der Nördlichen Innenstadt mehr Müll illegal entsorgt wird, vor der Umstellung des Gebührenmodells 2012? Wenn ja, wel-

che Ursache hat die WBL dafür herausgearbeitet?

7. Kann die WBL ausschließen, dass die Reduzierung der kostenlosen Sperrmüllabholung für die Haushalte von zweimal auf einmal im Jahr eine Ursache für die gestiegene illegale Sperrmüllentsorgung ist?

Begründung:

Das neue Müllgebührenmodell ist drei Jahre alt. Es gilt für die Bewohner/innen des Stadtteils Bilanz zu ziehen, zu bewerten und ggf. Änderungen herbei zu führen. Es wäre ungerecht, wenn die Menschen eines Stadtteils mit einer vermutlich höheren Zahl Menschen mit niedrigem Einkommen mehr für Ihren Müll zahlen müssten als die Bewohner der Stadtteile, in denen mehr Menschen mit höherem verfügbarem Einkommen wohnen.